



3.11.2022

**Klimaliste**  
Oberursel

**KLIMALISTE schlägt Moratorium für alle  
Baumaßnahmen in Oberursel vor**

## **Entlastungen im Haushalt im Bereich Städtebauliche Planung um mehrere Millionen Euro würde Hebung der Grundsteuer B vermeiden helfen**

Die KLIMALISTE wird in den kommenden Tagen eine Streichungsliste für den städtischen Haushalt vorlegen, die rein rechnerisch die Anhebung der Grundsteuer B nicht mehr notwendig machen würde.

Die Überschrift des Plans der KLIMALISTE ist überschrieben mit **„Moratorium für neue Baugebiete und Baumaßnahmen bis zum Jahr 2024! - Klimaschutz und keine Anhebung der Grundsteuer B“**.

Damit erhofft sich die KLIMALISTE Einsparungen im Haushalt in Höhe von etwa 4 Millionen Euro. Alleine diese mutige Entscheidung, so sie von einer Mehrheit im Stadtparlament getragen würde, könnte 190 Punkte in der Grundsteuer B einsparen! Geplant ist bislang die Anhebung der Grundsteuer B von 750 auf 980 Punkte, was ein gewaltiger und unzumutbarer Sprung um 230 Punkte bedeutet. Die Eigentümer von Immobilien dürfen diese zusätzliche Belastung an die Mieter weiter geben.

Dies ist aus Sicht der KLIMALISTE Oberursel eine unzumutbare Härte für die Bürger\*innen der Stadt Oberursel und sozialpolitisch nicht zu verantworten.

Die KLIMALISTE ist nach zehn Wochen coronabedingtem Video-Wahlkampf im Jahr 2020, mit Mut, mit neuen Ideen für Klimaschutz, ohne Geld und vor allen Dingen mit dem Slogan „Bauwut stoppen“ von genug Bürger\*innen dieser Stadt in das Stadt-Parlament gewählt worden.

Gerade in den letzten beiden Jahren seiner Amtszeit hat Bürgermeister Hans-Georg Brum gemeinsam mit dem Leiter der Stadtplanung Arnold Richter an Tempo zugelegt, jede Fläche, die irgendwo schnell bebaubar schien, zu beplanen.

Abgesehen von der zusätzlichen Versiegelung von sehr großen Flächen, dem Verlust von Grünbereichen und der entsprechenden schlechten Klimabilanz, hat die Stadt Oberursel sich massiv verrechnet:

Da den Investoren stets freie Hand gelassen wurde, vertraute man auf die Versprechungen „günstigen Wohnraum“ zu schaffen. Nach Fertigstellung wurde man stets enttäuscht, die Investoren wurden zudem nie verpflichtet, auch in die öffentliche Infrastruktur (Kindergärten, Kanal uvm) zu investieren.

Offensichtlich hat die Politik in den vergangenen Jahrzehnten schlicht vergessen, dass jedes neue Wohnbaugebiet Familien mit Kindern anzieht, die einen Kindergarten oder Hortplatz erwarten und die auf funktionierende Kanalisation und Kläranlage angewiesen sind. Derzeit fehlen mehr als 200 Kita- und Hortplätze in Oberursel.

„Ich frage mich, wie konnten die etablierten Parteien immer wieder die Hand für derartige Pläne heben?“ meint Stadtverordnete Dr. Claudia von Eisenhart Rothe.

Heute weist der Haushalt ein sog „strukturelles Defizit“ auf, d.h. die Stadt kommt aus der Schuldenfalle kaum heraus, es sei denn die Politik trifft mutige Entscheidungen.

Deswegen möchte die KLIMALISTE den Vorschlag machen, mutige Entscheidungen zu treffen: Dazu gehört die besonders kostenintensive Planung von neuen Baugebieten und Projekten um mindestens zwei Jahre auszusetzen.

Bezahlbare Wohnungen können in Oberursel durch das Aufspüren leerstehender Immobilien mobilisiert werden. In vielen hessischen Kommunen wird dazu ein **Leerstandskataster** geführt. Das ist verantwortungsvolle und nachhaltige Sozialpolitik im Einklang mit dem Klimaschutz: keine neuen Wohnbaugebiete an Stadträndern bauen, sondern in gewachsenen Strukturen Leerstand aufspüren. In Hamburg konnten so tausende von Wohnungen wieder in den Markt gebracht werden. Dazu legt die KLIMALISTE einen Antrag im BUKA vor.

Klimaschutz und Sozialpolitik müssen Hand in Hand gehen. Wer für Menschen Wohnraum bauen lässt, muss an die Folgekosten dieser Neuansiedlungen denken: für eine Familie, die zwar eine Wohnung in Oberursel bekommt, aber keinen Kita- oder Hortplatz, ist das eine Katastrophe.

Die Kinderbetreuung ist einer der schwerwiegendsten Minuspositionen des Haushalts mit über 17 Mio Euro. Und die Kosten steigen weiter. Jedes neue Baugebiet wird hier das Defizit in unermessliche Höhe steigen lassen.

**Eine ganz klare Absage erteilt die KLIMALISTE an den Verkauf der Filetstücke im Rathausareal (von Rathaus über Rathausplatz bis zur Stadthalle).** Sollte dieser Plan im Stadtparlament eine Mehrheit finden, wird die KLIMALISTE ein Bürgerbegehren gegen diese Entscheidung

vorschlagen. Die Bürger\*innen Oberursels sollten in dieser Angelegenheit dann das letzte Wort haben, ob das innerstädtische Herz in die Hände von Grundstückspekulanten fallen soll oder nicht.

Die KLIMALISTE ist der Ansicht, dass die Stadt Oberursel den städtischen Mitarbeitern im Rathaus würdige Arbeitsbedingungen garantieren muss. Dazu gehört ein nach neuen Erkenntnissen der Gesundheitsforschung und der Umwelttechnik gestaltetes Rathaus. Nur wenn die Menschen, die im Rathaus arbeiten, motiviert und gesund ihre Aufgaben erledigen, können sich neue Impulse für Oberursel ergeben. Dies ist zurzeit nicht möglich, wie interne Bestandsaufnahmen des Zustandes des Rathauses belegen.

Deswegen plädiert die KLIMALISTE dafür, ein **neues energiesparendes Rathaus neben das alte Rathaus zu bauen**, das alte Rathaus abzureißen und den verfügbaren übrigen Platz danach zu vermarkten.

Der Vorschlag von CDU und Grüne alles zu verkaufen und die Mitarbeiter zur Miete unterzubringen, **zerstört Werte anstatt Werte zu schaffen**. Ein derartiges zusammenhängendes und zentral gelegenes Grundstück wird die Stadt nie wieder kaufen können. Die Entscheidung hätte Auswirkungen über viele Generationen.

„Das Geld aus dem Erlös wird kurzfristig zum Stopfen von Haushaltslöchern herhalten müssen und anschließend wird die gähnende Leere in den Haushaltskassen erschreckender sein als zuvor.“

„Wir sind dem Gemeinwohl verpflichtet und nicht den Investoren, die das letzte Stückchen Grün und das letzte städtische Grundstück übermäßig bebauen möchten“ so von Eisenhart Rothe.

„Deswegen schlagen wir Kürzungen im Haushalt in Höhe von etwa 4 Mio Euro fast ausschließlich im Bereich der Bebauungspläne, Baulandumlegungen uvm. vor.

Wir schlagen vor, den Bau des Gefahrenabwehrzentrums für die Feuerwehr mindestens um ein Jahr zu verschieben. Dies hätte noch den positiven Effekt, dass die Energiekosten beim Bau vermutlich niedriger sein werden, als in der jetzigen Lage.“ Die Feuerwehren sind derzeit einsatzfähig.

„Wir würden favorisieren, wenn der Haushalt der Stadt Oberursel mit den dazugehörigen Gesellschaften von einem **unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft wird**, bevor eine endgültige Entscheidung über Kürzungen erfolgt. Dies ist in anderen Kommunen durchaus üblich, um strukturelle Defizite schneller zu erkennen. Zudem haben wir nicht besonders viel Vertrauen in die Prüfung durch den Hochtaunuskreis, da dort der ehemalige Bürgermeister Brum, der dieses Defizit in Oberursel mit zu verantworten hat, im Kreisausschuss gemeinsam mit anderen Oberurseler Politikern sitzt und letztlich für die Prüfung zuständig zeichnet.“

Dort, wo die Bevölkerung im Allgemeinen von städtischen Ausgaben profitiert, soll aus Sicht der KLIMALISTE nicht gekürzt werden.

Keine Kürzungen soll es im Bereich der Kinderbetreuung geben, die KLIMALISTE beantragt die Aufstockung im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung und die Aufstockung eine Reserveposition Eigenmittel, um Fördergelder im Bedarfsfall sehr schnell, auch abseits von Jahresabschluss-Terminen, beantragen zu können.

Fragen beantwortet: Dr. Claudia von Eisenhart Rothe

Stadtverordnete